

So teuer wird der Müll für viele Mieter

Von Robin Peters

Nicht für alle wird die Müll-Entsorgung dank neuer Regelung in diesem Jahr günstiger. Ausgerechnet eine Gruppe muss künftig mehr bezahlen.

SEENPLATTE. Während sich diejenigen mit einer eigenen, kleinen Restmülltonne in diesem Jahr über einen Preisnachlass freuen können, müssen Nutzer großer Sammelbehälter wie an Mietshäusern nunmehr draufzahlen. Wohnungsgesellschaften der Region rechnen nach der zum Januar erfolgten Umstellung der Abfallgebührensatzung im Landkreis mit Müll-Mehrkosten von bis zu 19 Prozent für betroffene Mieter. Konkrete Kosten würden je nach Standort, Anzahl der Wohneinheiten, Abholrhythmus, Behältergröße und Umlage auf die Quadratmeterzahl variieren.

Es ist aber klar, wohin die Reise geht. Denn die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (Neuwoges) hat für den Nordkurier schon einmal durchschnittliche Werte für zwei exemplarische Wohnungen von 60 Quadratmetern vorge-rechnet: Bei Leerung eines 1100-Liter-Behälters vor der Wohnung einmal die Woche könnten fast 12 Euro mehr, bei zweimaliger Abholung von zwei Behältern fast 58 Euro mehr im Jahr fällig werden.

Vermieter reagieren unterschiedlich

Die Neuwoges nutze hauptsächlich Restabfallbehälter mit einem Volumen von 1100 Litern, die einmal oder zweimal die Woche geleert werden. Die Leerungskosten steigen gemäß der neuen Satzung von 2972 Euro pro



Die Abholung großer Müllbehälter kostet künftig deutlich mehr.

FOTO: FABIAN SOMMER



Robin Peters meint:

Wieder einmal auf die Wehrlosen

Der bescheidene Mieter ist wieder einmal der Dumme. Gegen hohe Heizkosten kann er sich nicht wehren. Mieten steigen fortwährend. Und jetzt wird hierzulande auch noch der Müll von Wohnblöcken teurer. Dabei wohnen in Plattenbauten wie in der Neubran-

denburger Oststadt oder in Kiefernheide in Neustrelitz bekanntlich wenige Spitzenverdiener. Gerade den Menschen dort tut auch eine Gebührenerhöhung um wenige Euro weh. Wer sich ein eigenes Häuschen und eigenen Garten leistet, hat dagegen bestimmt einen Taler für die

umständlichere Abholung seines Mülls übrig. Das Desinteresse von Landesregierung und Landtag an einem schnellen Eingreifen ist deshalb ebenso unverständlich wie das letzte Stimmungsbild im Kreistag, bei dem einige Feierabendpolitiker dem neuen System

mehr Fairness zusprachen. Aber viele Faktoren wie das eigentliche Gewicht des Mülls oder die Abholung einfach auszublenken, ist alles andere als gerecht – gerade wenn das Ergebnis sozial Schwache trifft. Beim Müll schaut wohl jeder erstmal in seine eigene Tonne.

abrechnung für das Jahr 2022 vorgenommen“, heißt es.

Die Wohnungsbaugesellschaft Waren mbH (Wogewa) will zunächst noch nicht erhöhen, außer wenn Fehlbeiträge aus den Abrechnungen des vergangenen Jahres ausgeglichen werden müssen.

Bereits vor einigen Jahren habe man laut Geschäftsführerin Kristin Görlach Behältergrößen optimiert. Wo es geht, würde man kleine Tonnen nutzen. Doch aus Platzgründen sei es nicht möglich, an großen Mehrfamilienhäusern auf kleine

Tonnen umzustellen. So kämen langfristig wohl auch auf Wogewa-Mieter mit großen Behältern Mehrkosten zu. „Die Mieter können allerdings durch eine gezielte Mülltrennung zu einer Kosteneinsparung beitragen“, so Görlach.

Bisheriges Modell rechtlich nicht sauber

Die Neustrelitzer Wohnungsgesellschaft mbH (Neuwoges) möchte indes erst die nächste Betriebskostenabrechnung abwarten, um mögliche Änderungen der Vorauszahlung abzuschätzen. „Im Augenblick kann ich das nicht bewerten“, sagt Uwe Engelmann. Neuwoges-Mieter würden schließlich unterschiedlichste Tonnengrößen nutzen.

Der Kreistag Mecklenburgische Seenplatte beschloss im Dezember eine neue Abfallgebührensatzung, weil das bisherige Modell auf rechtlich wackeligen Füßen stand, seit das Oberverwaltungsgericht Greifswald ein sogenanntes degressives Modell für unzulässig erklärt hatte. Im alten Modell fiel die Müll-Abholung pro Liter in großen Behältern günstiger aus, weil die Abholung laut Verwaltung weniger aufwendig und der Müll in Sammel-Behälter laut letzten Erhebungen weniger stark verdichtet war. Dafür fehlte aber eine gesetzliche Grundlage. Und die wollte der Landtag auch nicht kurzfristig nachliefern. Unter anderem um einer Klagewelle vorzubeugen, entschieden sich die Kreistagsmitglieder für eine Umstellung. Bedenken äußerten insbesondere Vertreter von CDU und AfD. Im linken Flügel waren die Befürworter der neuen Regelung lauter.

Kontakt zum Autor
r.peters@nordkurier.de